



Informationen des
Fachbereiches
Sozialversicherung
Fachgruppe
Arbeitsverwaltung
der Gewerkschaft ver.di
Bundesvorstand
Jochen Berking
10179 Berlin
Paula-Thiede-Ufer 10

26.02.2007

Private Vermittler sollen Jobs vermitteln

Die im Verwaltungsrat vertretenen Gewerkschafter/innen haben das Modellvorhaben abgelehnt.

Ist dies ein gezielter Schritt in Richtung der Privatisierung der Bundesagentur für Arbeit?

Der Abstimmung im Verwaltungsrat war eine mehrwöchige Debatte über die Erprobung einer neuartigen Beauftragung privater Anbieter auf der Basis des §421i SGB III vorausgegangen. Aus der Sicht der Gewerkschaft **ver.di** sind folgende Punkte mehr als kritisch zu betrachten: Es liegen keine vergleichbaren Voraussetzungen zwischen den privaten Vermittlern und den Arbeitsagenturen vor.

Die beteiligten Agenturen sind in keiner Weise repräsentativ für das Vermittlungsgeschäft im SGB III Bereich der BA.

Die geplanten Kundengruppen (insbesondere die Betreuungskunden 2a) kann die BA selbst qualifiziert bedienen. Nicht Leistungsempfänger müssten mit einbezogen werden.

Die Größe der Lose (1.000 Kunden) schließt bewusst kleinere Anbieter aus.

Wann erfolgt nach welchen Kriterien die Zahlung der Erfolgsprämie – denn in dem geplanten Kundenstamm ist durchaus die Selbstvermittlung gegeben.

Wie wird der Aufwand für die BA selbst bewertet (die Ausschreibung, das Controlling und die Durchführung)?

Wilhelm Adamy, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB Bundesvorstand, hat kritisiert, dass der Modellversuch unter ungleichen Wettbewerbsbedingungen stattfände. Das Geld für die Privaten sollte daher besser für die Per-

sonalaufstockung in den Agenturen genutzt werden, um dort den Betreuungsschlüssel zu verbessern.

Aufgabe in der Umsetzung des Modellvorhabens, insbesondere im Monitoring, wird es sein, die bisher nicht berücksichtigten Argumente erneut einzubringen. Wir werden das beschlossene Projekt kritisch begleiten.

Die Bundesfachgruppe Arbeitsverwaltung steht dafür, dass die Arbeitsmarktpolitik als demokratische öffentliche Dienstleistung erhalten bleibt. Es muss gewährleistet bleiben, dass die BA ihre gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Verantwortung und Aufgabe im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme behält.

Unsere Forderungen sind unverändert:

- **Keine Privatisierung von Arbeitsmarktdienstleistungen!**
- **Bessere Betreuungsschlüssel flächendeckend bei der BA, damit eine intensivere und individuellere Betreuung der Kunden erzielt wird!**

